

**Gegenstand: Verkehrsversuch Postplatz;
Schreiben der FDP-Fraktion zum Informationsfluss**

Die Eingaben der FDP [sind ist dieser Teilniederschrift beigefügt](#).

Herr Oehlmann übt Kritik an der Verwaltungspraxis. Der Informationsfluss behördlicher Stellungnahmen scheint nicht immer stringent zu funktionieren. Die FDP würde sich wünschen, dass alle Informationen auch zeitnah den Fraktionen für die Entscheidungsfindung zugänglich gemacht werden.

Außerdem wird Klarheit gefordert, wie mit der Umgestaltung der Denkmalzone Innenstadt umgegangen werden kann, die sich schon seit vielen Jahren hinzieht. Der Architekt sollte in die Entscheidungsfindung eingebunden werden.

Die Vorsitzende informiert, dass die Nachfahren von Herrn Prof. Böhm eingeladen sind. Ziel ist eine Optimierung der Umbaumaßnahmen von 1988/89, keine komplette Neuausrichtung.

In diesem Zusammenhang wird aus dem Kreis der Mitglieder die Forderung laut, zur Erleichterung von Entscheidungsvorbereitungen verwaltungsinterne Stellungnahmen zu wichtigen Punkten auch für die Fraktionen in irgendeiner Form zur Verfügung zu stellen.

Frau Keller-Mehlem reklamiert Grundsätzliches zum Informationsfluss innerhalb der Verwaltung. So habe man vor der Sondersitzung des Rates zum Klimaschutz beim Stadtvorstand nachgefragt und dort die Information erhalten, Anträge könnten gestellt werden. Es sollte eine Grundsatzregelung zu Anträgen bei Sondersitzungen geben, die allen kommuniziert wird. Außerdem kritisiert sie, dass neue Ausschussmitglieder mit mehr Respekt behandelt werden sollten und Hilfestellung erhalten.

Herr Popescu stellt einen Zusammenhang zu TOP 6 her. Die Urheberrechte wurden vererbt, es handelt sich bereits um den Sohn von Prof. Böhm.

Herr Dr. Wilke warnt vor einer überzogenen Urheberrechtsdiskussion. Man habe nichts dagegen, die Erben einzubeziehen. Es dürfe aber nicht so sein, dass irgendwelche Erbrechte eine notwendige Weiterentwicklung behindern. Er wirft die Frage nach der Gültigkeit solcher Urheberrechte auf.

Die Vorsitzende regt an, das Thema Informationsbereitstellung in der Fachbereichsleiterrunde intern zu besprechen und pro Dezernat in die Ausschüsse zu bringen. Allerdings sieht sie auch die Fraktionen in der Verantwortung, ihre Mitglieder in den Ausschüssen mit Informationen zu versorgen.

Gegenstand: **Resolution des Stadtrates zur Flüchtlingsproblematik;
Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion vom 02.06.2023
Vorlage: 1516/2023**

Gegenstand: **allgemeine Information zur Flüchtlingsaufnahme**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam behandelt.

Die Vorlage zu TOP 2 ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende stellt einige allgemeine Informationen an den Anfang der Diskussion:

Die Stadt Speyer macht, wie andere Städte auch, vehement auf die Situation aufmerksam. Das Fachministerium wurde mehrfach mit der Wohnungssituation konfrontiert. Dies sei aber verpufft wie die Forderungen nach auskömmlicher Finanzausstattung auf Landes- und Bundesebene auch. Natürlich sei eine dezentrale Unterbringung der Menschen der bessere Weg, auch im Sinne der Integration. Die Vorsitzende steht nach wie vor zum ihrem Bekenntnis für die Aufnahme Geflohener in der Stadt. Was aber auf keinen Fall gewollt ist, sind Zelte oder Hallenbelegungen. Daher richtet sich der Appell an Private und Kirchen, bestehende Leerstände für eine temporäre Unterbringung freizugeben; auch dieser blieb bisher ungehört. Die Flüchtlingsaufnahme ist eine Pflichtaufgabe und wird alle Ebenen noch über Jahre beschäftigen. Dabei haben die Kommunen keinen Einfluss auf die Zuweisungen; diese werden 14 Tage vorher angekündigt.

Verwaltungsintern wird schon seit dem Frühjahr beraten, wie man mit der Situation im 2. Halbjahr umgehen soll. Es wurden 20 Standorte ermittelt, transparent an alle Fraktionen gegeben und öffentlich präsentiert; im Verfahren selbst gab es wenig Resonanz darauf. 4 davon waren in der engeren Wahl, 2 wurden im Haupt- und Stiftungsausschuss zuletzt zur Entscheidung vorgestellt. Gebraucht wird ein Vorratsbeschluss, der nicht unmittelbar umgesetzt wird, aber Spielraum schafft, wenn im Herbst die Lage klarer wird. Sie dankt auch Herrn Erny für die Vorschläge weiterer Unterbringungsmöglichkeiten.

Sie berichtet über einen frustrierenden Austausch mit dem Integrationsministerium, der eine Spontanschleife mit anderen Kommunen zur Folge hatte. Daraus resultiert eine gemeinsame Erklärung mit 9 ausgearbeiteten Punkten; der Text geht vertraulich an die Fraktionen, es besteht noch eine Zustimmungspflicht der anderen Kommunen bis Ende der Woche. Zudem verweist sie auf eine Informationsveranstaltung im Judomaxx am 13.07.2023. Kursierende Gerüchte einer Beschränkung auf max. 70 Personen sind vollkommen falsch. Ein Termin vor den Pfingstferien sei wenig sinnvoll.

Frau BM Kabs ergänzt um Zahlen: Im Birkenweg sind aktuell 200 Menschen untergebracht, vorwiegend Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. In der Engelsgasse leben 60 Personen, dort gibt es wenige Kinder. Im Stiftungs Krankenhaus wohnen derzeit 11 Personen, darunter eine Familie mit einem schwerstbehindertem Kind, ein Geschwisterpaar sowie 3 Einzelpersonen. Sie stört sich auch an dem Begriff „Containerdorf“, der von der Stadt so nicht eingebracht oder verwendet wurde. Es handelt sich vielmehr um eine Modulbauweise, vergleichbar dem Objekt in der Industriestraße. Eine Sozialbetreuung und nächtlicher Security-Einsatz sind vorgesehen, was im Übrigen auch bei manch anderem Wohnblock sinnvoll wäre. Man stehe auch im Gespräch mit den

kirchlichen Trägern. Ihr Dank geht auch an die Baugenossenschaften und die GEWO, welche mit ihrem Angebot die Sammelunterkünfte entlasten. Die Stadt will unter allen Umständen Hallenbelegungen vermeiden. Außerdem verweist sie darauf, dass die Unterkunft in der Engelsgasse direkt gegenüber dem Kaiserdomgymnasium liegt und das Stiftungs Krankenhaus an der Zeppelinstraße, ohne dass es dabei zu Problemen käme. Schülerinnen und Schüler gehen offenbar ganz anders mit der Situation um.

Dem vorgelegten Resolutionsansinnen der CDU bescheinigt die Vorsitzende keine besonders optimistische Einschätzung zum Erfolg eines solchen Beschlusses.

Herr Dr. Wilke sieht zwei Komplexe, die einer differenzierten Betrachtung bedürfen. Einmal geht es um die Zwischenwürdigung der Sammelunterkunft. Es handelt sich um einschneidende Punkte der Stadtgesellschaft und um die Ängste der Anwohner, die klare Perspektiven benötigen. Daher ist der Termin im Juli aus CDU-Sicht eigentlich zu spät. Er sieht die Gefahr des Abrutschens eines breiten Teils der Bevölkerung und fragt, ob kein früherer Termin möglich wäre. Nach Auskunft der Vorsitzenden ist es schwer, alle Beteiligten zu erreichen, bei gleichzeitiger Verfügbarkeit der Halle; außerdem soll der Termin nicht in den Ferien stattfinden.

Der Bund-Länder-Gipfel und die Regionalkonferenzen sind aus CDU-Sicht frustrierend, so Herr Dr. Wilke. Entweder sehen die übergeordneten Stellen die Situation der Kommunen nicht oder sie wollen es nicht sehen. Der Flaschenhals der Unterstützung zieht sich langsam zu und erreicht die Grenzen der Toleranz. Speyer ist mit der AfA ohnehin besonders belastet, deshalb gelte es, ein politisches Signal an Bund und Land auszusenden, auch wenn dies wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Aus Sicht von Herrn Brandenburger wurde einiges bereits angesprochen. Es sei viel Gerüchteküche und viel Besorgnis unterwegs, weil einfach falsche Informationen kursieren und gezielt gestreut werden. Er begrüßt die Initiative der Stadt zu einer gemeinsamen Erklärung der Gebietskörperschaften. Hinsichtlich der Resolution gab es innerhalb der SPD-Fraktion eine sehr gesplattene Diskussion.

Nach Auffassung von Herrn Popescu war der Informationsfluss für die Linke vollkommen ausreichend. Er erwartet keine einfachen Lösungen, aber es gibt Lösungen. Seine Fraktion sei immer solidarisch mit der Verwaltung gewesen. Allerdings müssen die Kirchen in die Verantwortung genommen werden. Es gab hitzige Diskussionen in der Butenschönstraße, die noch nicht im Stadtrat waren. Die Transparenz ist da, es gebe aber auch eine gewisse Holschuld der Bürgerschaft. Ein Aufnahmestopp sei keine gute Lösung, um Druck auf Land und Bund auszuüben, da er zu Lasten der Schwächsten in diesem System geht. Ihm schwebt eine Sanierung kommunaler Liegenschaften mit Bundesmitteln vor; ebenso sei eine Kommunalisierung von Bundes- oder Landesliegenschaften denkbar.

Die AfD zeigt sich laut Herrn Haupt verblüfft, dass man plötzlich Forderungen übernimmt, für welche die AfD über Jahre stigmatisiert wurde. Bei der Bürgerversammlung wurde kritisiert, dass niemand von der Stadt dort anwesend war. Hoffentlich gibt es keine Beschränkungen, um kritische Stimmen zu verhindern. Die Bürger wollen das einfach nicht mehr. Er attestiert einen erkennbaren Konfliktanstieg durch eine Konzentration von „Neubürgern“. Pirmasens hat vorgemacht, wie es geht. Interessant seien auch die Fahrzeuge der höheren Preisklasse, welche die Personen von und zur AfA bringen; warum werden die Menschen nicht schon lange bei deren

Besitzern untergebracht? Das Kind sei in den Brunnen gefallen, weil das Thema seit Jahren ideologisch behandelt wurde. Der Verdruss gegen die Politik fällt jetzt auf alle zurück.

Die Vorsitzende empfiehlt, zu reflektieren, wie man mit Themen umgeht, bevor man sie kommuniziert. Die Zahlen wurden im Haupt- und Stiftungsausschuss bereits ausführlich vorgestellt. Aktuell wurden die Hochrechnungen vom Ministerium nach unten korrigiert, daher werden nur 75 neue Unterkünfte benötigt. In Pirmasens war die Situation eine andere; man hatte Leerstände und deshalb massive Zuweisungen, erst danach kam ein Zuweisungsstopp. Die Kommunen sind sehr heterogen und nicht vergleichbar. In Speyer ist die Lage umgekehrt: man hat Zuweisungen, aber keinen Wohnraum. Sie selbst hat eine ambivalente Haltung zu der gestrigen Versammlung. Benötigt wird ein wertschätzender Umgang miteinander, keine Blitzableiterfunktion.

Herr Oehlmann kann sich, außer der AfD, den Vorrednern anschließen. Ein Hilferuf an die übergeordneten Stellen sei notwendig. Er kritisiert auch eine fragwürdige Presseberichterstattung in der örtlichen Zeitung. Wenn ein Ratsmitglied in der Versammlung äußert, man habe die Auswahl getroffen, weil man dort am wenigsten Widerstand erwartet, sei mehr als bedenklich. Er dankt auch für die neuen Vorschläge zur dezentralen Unterbringungen. Die FDP könne auch die Resolution mitgehen, unabhängig von deren Erfolgchancen. Er thematisiert, ob man Einfluss auf die Zusammensetzung der zugewiesenen Personen nehmen könne; außerdem auch Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge, auch außerhalb der Speyerer Gemarkung.

Die Vorsitzende ist sich bewusst, dass es unter den geflohenen Menschen unterschiedlichste Kulturkreise gibt. Man dürfe aber auch nicht alle in eine Ecke stellen. Das Problem trifft Städte wie Kreise oder Verbandsgemeinden gleichermaßen. Auch sie kritisiert bürokratische Hemmnisse im Aufenthaltsrecht bis zur Anerkennung; dies sei ein Punkt des Forderungskataloges. Ebenso ein Ampelsystem, abweichend vom Königsteiner Schlüssel. Frau Kabs ergänzt, der Rhein-Pfalz-Kreis hat genau die gleichen Probleme, vielleicht halt auf breiterer Fläche. Planungen sind kaum möglich, wenn völlig andere Leute kommen wie angekündigt. Sie zeigt sich ebenfalls sehr frustriert vom Verhalten der Landesvertreter bei der Regionalkonferenz.

Die Grünen stehen laut Herrn Czerny zum (begrenzten) Vorratsbeschluss. Er schlägt eine Verteilung auf mehrere Standorte der Standortanalyse zur Entzerrung vor. Die CDU-Resolution ist vielleicht der falsche Weg; wenn Resolution, dann eine zur Fluchtursachenbekämpfung. Hier sieht er einen Mangel in der aktuellen und in der Vorgängerregierung. Tatsächlich war die Bürgerversammlung weniger aufgeheizt als befürchtet. Die dezentrale Unterbringung werde natürlich als der bessere Weg befürwortet. Von einigen Kräften im Stadtrat wurde gezielt Angst geschürt.

Frau Keller-Mehlem dankt für die differenzierte Darstellung der Stadt. In Speyer-Nord sei man schon deutlich erfahrener in solchen Fragen und dem Weg, um Ängste zu nehmen. Sie erteilt eine klare Absage an die Verbreitung von Desinformationen. Die Initiative der Linken zur dezentralen Unterbringung wird begrüßt. In allen Haushaltsreden wurde schon Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Stadt und Land gefordert. Es sollte mehr Nachdruck durch die Kommunale Spitzenverbände ausgeübt werden.

Als Lehrerin für Integrationsarbeit unterstreicht Frau Rehberger die evidente Bedeutung der Sozialarbeit nicht nur in den Unterkünften, sondern auch auf dem späteren Weg. Der beste Schlüssel zur Integration sei es, durch gemeinsame Arbeit ein wertschätzendes Miteinander zu schaffen.

In der Zusammenfassung wiederholt die Vorsitzende den dringenden Appell an die Parteivertreter auf Landes- und Bundesebene, sich mehr für die Belange der Kommunen einzubringen, unabhängig von parteipolitischen Scharmützeln. Kritisch sieht sie die hohen Leerstände von privaten Gebäuden in bestimmten Straßenzügen der Stadt. Diese könnten helfen, um keine Container zu brauchen.

Herr Dr. Wilke unterstreicht den sehr intensiven Ausdruck der Gefühlslage im Stadtvorstand in der Diskussion. Die Resolution sollte eine flankierende Maßnahme zur Unterstützung als politisches Signal darstellen, bezogen auf die Sonderstellung der Stadt Speyer als Standort der Landeserstaufnahmeeinrichtung. Er zeigt sich offen zur gemeinsamen Texterarbeitung für einen möglichst breiten Konsens. Die Forderung nach einem Stopp der Zuweisungen sei keine 17 zu 13 Entscheidung. Wenn einzelner Fraktionen dies völlig zurückweisen, dann plädiere er eher für eine Zurückstellung dieses Punktes.

Gegenstand: Überarbeitung Sondernutzungssatzung nach Diskussion in der ArGe SoNu
Vorlage: 1515/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann gibt nochmals einen zeitlichen Überblick zur Überarbeitung der Sondernutzungssatzung. Die Sondernutzungs-Richtlinie bleibt ausgenommen, da sie sich bewährt hat.

Eine Synopse wird als Tischvorlage ausgeteilt. Das Hauptproblem stellt die Straßenmusik dar. Sie soll künftig nur noch ohne elektrische Verstärkung und möglichst mit vorheriger Anmeldung an festgelegten Plätzen stattfinden können. Das Geschirrpflätzchen wurde zusätzlich auf die Liste gesetzt. Der Vorplatz vor der Galeria Kaufhof ist eine Privatfläche und kann deshalb nicht in die Satzung aufgenommen werden.

Die Wahlplakatwerbung kann gesetzlich nicht unterbunden werden. Die Anzahl von Plakaten bleibt unverändert. Eine Digitalisierung wird angestrebt.

Damit ist die eigentliche Initiative des Antrags im Wesentlichen verpufft, so Herr Dr. Wilke. Für ihn sei nicht verständlich, warum eine Begrenzung auf 50 Plakate nicht gehen soll, auf 100 aber schon. Auch eine Aufstellung von großen Plakatwänden wie in Frankreich sollte möglich sein. Frau Münch-Weinmann bezieht sich auf eine Stellungnahme der Rechtsabteilung sowie eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Danach sei in größeren Städten je 100 Einwohner 1 Plakat pro Partei angemessen, Minimum aber 100. Weniger sind nur möglich, wenn alle Parteien dem ausdrücklich zustimmen.

Wenn eine digitale Erfassung möglich ist, dann sollte sie nach Ansicht von Frau Rehberger die Satzung aufgenommen werden. Ein solcher Passus kann laut Frau Münch-Weinmann eingebaut werden.

Herr Brandenburger dagegen ist der Ansicht, dass man ab und zu mal Wahlwerbung aushalten muss, das gehöre zum Wesen der Demokratie. Die verschärfte Mannheimer Regelung führt zu einem totalen Verbot aller Plakate, auch im kulturellen oder Vereins-Bereich. Er bittet darum, den erzielten Kompromiss nicht wieder aufzuschnüren. Außerdem halte sich nach seinen Erfahrungen keine Partei an feste Obergrenzen.

Für Herrn Popescu wiederum sind 100 Plakate viel zu viel, bei 10 Gruppierungen im Rat sind das 1.000 Plakate, häufig aufgehängt in Bereichen, wo man gar nicht Plakatieren dürfte. Man sollte sich Nachhaltigkeit auf die Fahne schreiben und die Menge an entstehendem Abfall reduzieren. Er fordert eine Prüfung der Verwaltung, warum es bei anderen Städten möglich ist. Hinzu komme der Aufwand für Markierung und Zählung.

Herr Czerny schlägt vor, RFID-Transponder zu nutzen, die möglichst auch von vorne ausgelesen werden können. Außerdem sollten möglichst wenig Plakate zulässig sein.

Frau Dr. Mang-Schäfer ist ebenfalls der Meinung, dass 100 Plakate einfach zu viel sind. Die Gründe, warum der Antrag gestellt wurde, seien bekannt. Auch das Thema Großstellwände sollte

weiterverfolgt werden, auch wenn es vor 10 Jahren vielleicht negativ beurteilt wurde. Dem widerspricht die SPD-Fraktion.

Für Frau Keller-Mehlem sei wichtig, an dem Thema dranzubleiben.

Zum Verstärkereinsatz bemerkt Herr Dr. Wilke, dass es Einzelmusiker gebe, die Hintergrundmusik über Lautsprecher nutzen und die dann auch betroffen wären. Frau Münch-Weinmann bestätigt, es sollen keinerlei elektrischen Abspielgeräte mehr erlaubt sein.

Herr Haupt erkundigt sich nach der Form der Kontrollen und ob dB-Messungen möglich sind. Laut Verwaltung erfolgen allgemeine Kontrollen durch den KVD bzw. auf konkrete Beschwerden hin. Außerdem hinterfragt Herr Haupt, ob man nicht einen Probereich für Großstellwände einrichten könnte. Dafür sind im Haushalt keine Mittel vorhanden. Ohne Beschluss werde die Verwaltung das nicht proaktiv verfolgen.

Frau Kabs informiert in diesem Zusammenhang über die Host-Town-Gruppe aus Ruanda zu den Special Olympics in Berlin, die gestern empfangen wurde. Es gab bereits eine sehr schöne Veranstaltung im Judomaxx mit dem Kinderzirkus Bellissima und der Erlich-Schule. Morgen gibt es noch einen Termin im Bantz-Stadion und abends ein Picknick im Feuerbachpark.

Gegenstand: Eigentumsverhältnisse Stiftungskrankenhaus

Laut Vorsitzender soll ein Stimmungsbild des Rates erstellt werden. Nach dem Wegfall der Krankenhausnutzung war eine Grundstücksübertragung an die Stadt vorgesehen, wurde aber insbesondere wegen der steuerlichen Auswirkungen nicht weiterverfolgt. Ein Auftrag der tieferen Prüfung, mit Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers, wird nur erteilt, wenn dies seitens des Rates gewünscht wird.

Frau Dittus (Fachbereichsleitung 1) erläutert das Spannungsfeld zwischen direkter Umsetzung des Stiftungszwecks der Bürgerhospitalstiftung (BüHo) bzw. der Erzielung von Gewinnen aus Vermietung zur mittelbaren Förderung des Stiftungszweckes. Die Stadt kann dabei natürlich anders agieren als die Stiftung. Eine frühere Prüfung ging lediglich von Grunderwerbssteuer auf den damaligen Darlehensbetrag aus, daher wurde nur ein geringer Steuerbetrag erwartet. Mit einer abschließenden Prüfung sollte man aber ein Fachanwaltsbüro beauftragen, da diese sehr tiefgehend ist.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke sollte man die Thematik stiftungsrechtlich und steuerrechtlich abchecken lassen. Ackerflächen der BüHo werden ja auch nicht zu Stiftungszwecken vermietet, sondern die Gewinne daraus fließen dem Zweck zu. Jedenfalls sollte man die Handlungsfreiheit prüfen. Er zitiert einen aktuellen Fall eines Erbbaurechts mit Erbpachtzins Null aus seiner Kanzlei. Dort errechnete die Finanzverwaltung einem Verein die Forderung von 130.000 € Grunderwerbssteuer.

Frau Dr. Mang-Schäfer ist nicht der Auffassung, dass das Krankenhausgebäude aus der Stiftung herausgenommen werden sollte. Allerdings sollte man bei der Bürgerbeteiligung explizit darauf hinweisen. Der städtebauliche Wettbewerb und die Eigentumsverhältnisse sollten getrennt voneinander betrachtet werden und der Wettbewerb nicht davon abhängig gemacht werden.

Nach Ansicht von Herrn Oehlmann kann sowohl das ganze Objekt wie auch nur Teile daraus dem Stiftungszweck zugeführt werden.

Herr Dr. Wilke vertritt die Auffassung, man sollte die Zeitschiene einer solchen Prüfung mit den denkbaren Entwicklungen des Geländes synchron laufen lassen.

Gegenstand: allgemeine Aussprache zu Absprachen, Anfragen, Redezeit, Sondersitzungen

Einleitend stellt die Vorsitzende fest, dass Redezeiten, Anfragen und Sondersitzungen immer wieder Thema vor der Sommerpause sind. Hinsichtlich der Redezeiten und der Sitzungsdauer durch Anfragen ist die Verwaltung offen für Änderungen, es bedarf aber eines einheitlichen Stimmungsbildes der Fraktionen, wie man damit umgehen möchte. So könnten z.B. umfangreiche externe Präsentationen nur noch in den Fachausschüssen vorgetragen werden.

Herr Brandenburger schlägt vor, mehr Sitzungen anzusetzen und Ratssitzungen vielleicht nicht mehr monatlich, sondern alle drei Wochen zu terminieren. Die Haushaltssitzung im Dezember könnte man früher beginnen und mit Redezeitbegrenzung für die Haushaltsreden belegen.

Dagegen hält Herr Popescu Redezeitenbeschränkungen bei den Haushaltsreden für wenig sinnvoll. Die Mehrheit der Redebeiträge ist ohnehin kürzer als 15 Minuten. Wichtiger sei es, auf weitere Anfragen und Anträge zu verzichten. Außerdem könnten auch mehr Anträge in die Fachausschüsse gegeben werden und die Präsentationen dort erfolgen. Sollten diese doch im Rat gehalten werden, dann sollte man sie vorziehen, um die Wartezeiten für externe Referenten zu minimieren. Auch sollten Anfragen in den Sitzungen nicht mehr im Wortlaut verlesen werden. Zu Redezeit / Rederecht pro Fraktion möchte er wissen, ob man mehrfache Wortmeldungen einschränken könnte. Nach rechtlicher Einschätzung der Vorsitzenden kann man das nur auf einen Redebeitrag je Person eingrenzen.

Die Audioaufzeichnung und Veröffentlichung von Sitzungen beschäftigt Frau Keller-Mehlem. Nachdem einige Sitzungen nicht hochgeladen wurden, möchte sie wissen, nach welchem Auswahlmodus ausgewählt wird. Seitens der Verwaltung werden technische Probleme bei der Aufzeichnung angegeben. Außerdem kritisiert sie die Form der Protokolle als teilweise zu knapp.

Auch Herrn Czerny spricht sich dagegen aus, Haushaltsreden zu beschränken. Eine mündliche Beantwortung von Anfragen in der Sitzung wird aus seiner Sicht nicht ausdrücklich als negativ empfunden, man könnte sie aber auch an die jeweiligen Fachausschüsse schicken. Die allgemeine Redezeit sei mit der Ampel gut gesteuert.

Eine Vorverlegung der Sitzung ist wegen der Berufstätigkeit vieler Ratsmitglieder nach Auffassung von Herrn Haupt keine gute Idee. Auch mehr Sitzungen führen zwangsläufig zu einer Mehrbelastung der Verwaltung. Haushaltsreden sind einmal im Jahr, das sollte man belassen wie es ist und die freie Rede zulassen. Die normale Redezeit zu Tagesordnungspunkten von 4 Minuten ist ausreichend.

Auch Herr Oehlmann ist relativ entspannt in der Wahrnehmung. In vereinzelt Fällen sei auch eine längere Rede vertretbar. Die mündliche Behandlung von Anfragen ist abhängig vom Thema und der Frage, ob es weitere Diskussionen auslöst.

Frau Dr. Mang-Schäfer betrachtet die normale Redezeit von 4 Minuten als vollkommen ausreichend. Haushaltsreden könnte man aber durch freiwillige Selbstverpflichtung auf 20 Minuten begrenzen. Solche Regelungen sollte man aber auch Kolleginnen und Kollegen zugänglich machen, die neu dazu kommen, als eine Art Wikipedia oder FAQ. Die Anzahl der

Redebeiträge der einzelnen Fraktionen sollte man auf zwei begrenzen. Zudem besteht die Möglichkeit schriftlicher Anfragen.

Anträge und Anfragen könnten evtl. auch auf Hinweis der Verwaltung direkt in die Fachausschüsse weitergeleitet werden.

Die Dauer der Sitzungen wird laut Herrn Dr. Wilke auch durch immer mehr Gruppierungen im Stadtrat beeinflusst. Eine Begrenzung der Anzahl der Redner/innen je Fraktion hält er für hochproblematisch, da gerade in großen Fraktionen durchaus kontroverse Meinungen bestehen. Die Kommunikation zu Anträgen bei Sondersitzungen innerhalb der Verwaltung sei offenbar unzureichend. Auch die Protokollführung in einzelnen Ausschüssen, insbesondere im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion, wird erheblich kritisiert, weil daraus die Diskussionsführung nicht mehr nachvollziehbar ist.

Die Vorsitzende fasst die Redebeiträge nochmals zusammen.

18. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 13.06.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Verwaltungsangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt den Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion zustimmend zur Kenntnis.

18. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 13.06.2023

18. Sitzung des Ältestenrates 13.06.2023 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!